



Weihnachtsgeld gestrichen; Kostendämpfungspauschale kassieren - Diäten erhöhen Immer weiter entfernen sich die Politiker vom Volk

Um 5,7 Prozent sollen die Diäten unserer Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt 2016 steigen, keine Spur von Schamgefühl. Eben erst hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Streichung des Weihnachtsgeldes für die Beamtinnen und Beamten im Freistaat Sachsen im Rahmen der Alimentation der Besoldung klar verfassungswidrig war und die Beamten unteralimentiert sind.

Und Sachsen-Anhalt? Statt zunächst einmal zu prüfen, ob dies möglicherweise auch für unser Land zutrifft, gibt es jetzt erst einmal eine kräftige Diätenerhöhung. Dabei haben dieselben Politiker in den vergangenen Jahren immer wieder durch Kürzung der Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf deren Motivation, Leistungskraft und Einsatzbereitschaft herumgetrampelt.

Statt sich fürsorglich und verantwortungsbewusst zu verhalten, führen sie sich wie Gutsherren auf, die irgendwelche Almosen an ihre Leibeigenen verteilen, so schürt man Staats- und Politikverdrossenheit, selbst bei denjenigen, die die Funktionsfähigkeit des Staates sicherstellen!

Die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, ständige zeitverzögerte Übernahme der Tarifergebnisse in den letzten Jahren, Bezügekürzungen durch Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und Besoldungseinbehalt in der Heilfürsorge sind die Motivationskiller in unserem Land.

In der Angelegenheit der Altersdiskriminierenden Besoldung berufen sich die Politiker auf die Einreichung von Widersprüchen. Diese haben jedoch im gesamten öffentlichen Dienst von Sachsen-Anhalt, wie bei Lehrern, Polizei-, Finanz-, Justiz-, Feuerwehrbeamten und Beamten der allgemeinen Verwaltung für große Unruhe und Empörung gesorgt. Diese unterschiedliche Herangehensweise ist nach unserer Auffassung eine rechtlich äußerst fragwürdige Entscheidung des Finanzministeriums.

Anstatt dass der Landesgesetzgeber in der Altersdiskriminierenden Besoldung eine Korrektur vornimmt und alle Beamtinnen und Beamten gleich behandelt, verweist er lieber auf Gerichtsurteile und darin enthaltene Ausschlussfristen.

Wir werden alle im Landtag vertretenen Parteien daran messen, wie sie sich jetzt positionieren und welche politischen Initiativen sie jetzt einleiten, um die desolante Situation bei den Einkommen der Beamtinnen und Beamten durch zeitnahe amtsangemessene Alimentation der Besoldung zu verbessern. Ein wesentlicher Bestandteil muss die sofortige Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes als 13. Monatsgehalt sein. Wir werden alle juristischen Möglichkeiten prüfen, um die politisch Verantwortlichen notfalls durch Gerichte

dazu zu zwingen, gerechte und soziale Verhältnisse in Sachsen-Anhalt herzustellen und die Bediensteten im öffentlichen Dienst angemessen zu bezahlen. Mittlerweile ist es zum Normalfall geworden, dass die Beamtinnen und vor Gericht ziehen müssen, um gerechte Einkommen zu erstreiten. Nur wer klagt, sichert sich seine Ansprüche, kann nicht der richtige Weg sein und ist überhaupt keine Wertschätzung der Arbeit der Bediensteten im öffentlichen Dienst.

Das Ansehen der Politiker als Arbeitgeber für den gesamten öffentlichen Dienst im Land befindet sich nicht zu Unrecht im freien Fall.